

Unterstützung, aber auch viel Kritik

Reaktionen auf die Entscheidung der Firma Jaquet, Grenzgänger in Euro zu entlohnen



Kurswechsel. Um die 50 000 Grenzgänger arbeiten in der Nordwestschweiz – aufgrund der Franken-Stärke wird manchen der Lohn gekürzt. Foto: Coloursbox

Von Peter Schenk

Basel. Ab 1. September 2011 erhalten die Grenzgänger des Basler Technologie-Unternehmens Jaquet AG ihren Lohn zu einem Wechselkurs von 1.29 Franken in Euro ausbezahlt (BaZ vom 20. August). Die Entscheidung sorgt auch deshalb für Aufsehen, da der CEO des Betriebs, Marc Jaquet, gleichzeitig Präsident des Arbeitgeberverbands Basel ist. Neben uneingeschränkter Unterstützung und differenzierten Äusserungen provoziert sie auch viel Kritik, wie eine Umfrage der BaZ zeigt.

«Das ist Erpressung. Die Grenzgänger werden zum Sündenbock gemacht. Immer, wenn es in der Schweiz ein Problem gibt, heisst es, die Grenzgänger sind zu teuer», sagt Jean Ueberschlag, Maire von Saint-Louis und bürgerlicher Député in der Pariser Nationalversammlung. Er fährt fort: «Für mich stellt sich ein Problem der Gleichbehandlung und der Menschenrechte. Ich finde das Verhalten des Basler Arbeitgeberpräsidenten nicht gerade Fair Play, und ich glaube nicht daran, dass Jaquet die Grenzgänger zu einem Kurs von über 1.50 Franken bezahlen wird, wenn der Euro wieder anzieht. Für wie naiv hält er uns?» Die Schweiz solle der EU beitreten, dann wären die Probleme mit dem Wechselkurs erledigt, findet der Maire.

Ähnlich kritisch äussert sich Rolf Eichin, Vorstandsmitglied von Grenzgänger Info Lörrach, in dem 6000 Grenzgänger organisiert sind: «Das ist ein Hohn gegenüber den Grenzgängern, die sowieso schon ausgegrenzt werden.» Zunehmend erhält Eichin Anfragen von Arbeitnehmern, die Angebote in der Schweiz zu arbeiten haben und denen Euro-Löhne vorgeschlagen werden. Die von Jaquet zugesagte Wechselkursgarantie stellt er wie Ueberschlag infrage: «Verträge kann man ändern.»

Entscheidung ist nachvollziehbar

Grosse Unterstützung erhält Jaquet hingegen vom Basler Gewerbedirektor und FDP-Nationalrat Peter Malama: «In einigen Monaten musste der Betrieb einen Wettbewerbsnachteil von 30 Prozent hinnehmen. Es geht um den Erhalt von Arbeits- und Ausbildungsplätzen und um die Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit. Die Entscheidung ist nachvollziehbar und beruht auf einem fairen Wechselkurs.»

Sebastian Frehner, Präsident der Basler SVP und Nationalrat, findet Jaquets Vorgehen gar «lößlich»: «Stark exportorientierte Unternehmen haben riesige Probleme und müssen Kosten einsparen. Ich bin als Basler Politiker sehr froh, wenn ein Betrieb die Probleme so löst und niemanden entlässt.»

Am Erhalt der Arbeitsplätze muss der Basler Wirtschaftsminister und SP-Regierungsrat Christoph Brutschin schon Kraft seines Amtes Interesse haben: «Ich kann von daher nachvollziehen, dass Firmen gegenwärtig auch schmerzliche Massnahmen in Erwägung ziehen wie das Auszahlen von Löhnen in Euro für Arbeitende mit Wohnsitz in der Euro-Zone. Inwieweit das eine nachhaltige Lösung ist, ist zurzeit noch offen und dürfte auch sehr von der speziellen Situation der einzelnen Firmen abhängen.»

Seine Partei vertritt eine andere Meinung. «Wir sind dagegen», sagt Martin Lüchinger, Präsident der SP Basel-Stadt. «Grenzgänger haben in früheren Jahren, als der Kurs bei 1.60 war, auch nicht mehr verdient», argumentiert er.

Sorge vor Missmut und Neid

Ähnlich tönt es bei Jürg Stöcklin, Präsident der Basler Grünen und Mitglied der grossräthlichen Finanzkommission: «Ich bin sehr skeptisch. Die Situation ist dramatisch, aber es ist keine Lösung, wenn man die Problematik auf dem Buckel einer Minderheit austrägt. Das schafft Missmut und Neid.» Die Schweiz müsse vielmehr lernen, mit dem starken Franken umzugehen.

«Besonnenheit» mahnt Helmut Hersberger an, FDP-Grossrat und Vize-

präsident des trinationalen Oberrheinsrats. «Ich halte von einer solchen Anpassung an den Wechselkurs à priori nichts. Das ist schädlich und bringt wenig.» Im Oberrheinparlament sei das Thema aber noch nicht traktandiert worden.

Differenziert äussert sich Eric Jakob, Geschäftsführer der Regio Basiliensis: «Es darf keine Diskriminierung aufgrund des Wohnsitzes geben, aber in den letzten anderthalb Jahren ist der Euro-Kurs rasant gefallen und die Grenzgänger profitieren auch von der Stabilität in der Schweiz und dem guten Lohn.» Deshalb erscheine ihm Jaquets Vorgehen als Teil einer fairen Lösung.

Separierung nach Wohnort

Rainer Füg, Vorsitzender der Geschäftsleitung der Handelskammer beider Basel, betont, dass die Franken-Stärke für eine ganze Reihe von Firmen ein grosses Problem sei. «Es ist verständlich, dass sie alles versuchen, um Lösungen zu finden – auch das Zahlen von Euro-Löhnen.» Allerdings gibt Füg zu bedenken, dass es nicht unproblematisch sei, Mitarbeiter nach ihrem Wohnort zu separieren.

Die Wirtschaftskammer Baselland wollte sich nicht äussern. Grund sei, dass sich die Firma Jaquet in einem anderen Kanton befände, teilte der stellvertretende Direktor Markus Meier mit.